

Zur Bedeutung
des Christlichen
für die CDU

Weltorientierung und Werteorientierung

Erwin Teufel

Bei der letzten Bundestagswahl 2009 hat die CDU mit der CSU nur noch 33,8 Prozent der Stimmen erhalten, ein noch schlechteres Wahlergebnis als 2005. Trotz des hohen Ansehens der Bundeskanzlerin Angela Merkel fiel die CDU/CSU auf den schlechtesten Stand seit 1949. Nicht nur die SPD mit katastrophalen 23 Prozent, sondern auch die CDU/CSU mit einem Drittelergebnis muss sich fragen, ob sie noch Volkspartei ist.

Wir haben also allen Grund, nach den Ursachen zu fragen. Der Darstellung von Wählerwanderungen ist zu entnehmen, dass die CDU/CSU 1 140 000 Wähler an die FDP verloren hat und 1 080 000 Wähler an die Gruppe der Nichtwähler. Beides war schon vor der Wahl vorauszu sehen, wenn auch nicht in dieser Dimension.

CDU/CSU müssen diese Wähler zurückgewinnen, wenn sie mehrheitsfähig bleiben wollen. Bei gezielter Anstrengung ist es sehr viel leichter, diese langjährigen Unionswähler zurückzugewinnen, als in einer solchen Größenordnung neue Wähler zu erschließen.

Die Unionswähler, die zur FDP gingen, sind genau zu lokalisieren. Es sind Angehörige des selbstständigen und des unselbstständigen Mittelstandes, Unternehmer, freie Berufe vom Rechtsanwalt und Architekten bis zum Arzt und Apotheker. Sie haben festgestellt, dass sich nicht nur die SPD-Führung von der Agenda 2010 verabschiedet hat, sondern auch die CDU-Führung von den Beschlüssen des Leipziger Parteitags. Diese

Wähler können zurückgewonnen werden mit einem klaren Profil der CDU in der Wirtschafts- und Finanzpolitik; etwa mit einer Steuerstrukturreform, für welche die Vorlagen bereitliegen (Modelle Kirchhof, Solms, Merz, Leipziger Parteitag). Sie muss Vorrang haben vor jeder Steuerentlastung. Die Union braucht aber auch ein Konzept für den Übergang von der Kurzarbeit zur Vollbeschäftigung, für die Vollbeschäftigung der jungen Menschen mit Abschlüssen im dualen System und mit Hochschulabschlüssen. Wir dürfen von den Auswirkungen der demografischen Entwicklung nicht nur reden, sondern müssen handeln, von der Neuordnung aller sozialen Sicherungssysteme nach den Grundsätzen von Subsidiarität und Solidarität bis zur Neuordnung des Bildungssystems. Das neue Wirtschaftswachstum, das die Kanzlerin zu Recht mit aller Kraft anstrebt, brauchen wir zur Schuldentilgung. Es steht also nicht zur Verteilung zur Verfügung. Darauf müssen die Bürger vorbereitet werden.

Die Union braucht also ganz dringend ein neues wirtschaftspolitisches Profil. Sie erreicht es nicht allein durch programmatische Aussagen, sondern vor allem durch konkretes Handeln. Darüber hinaus braucht sie ein wirtschaftspolitisches „Gesicht“, also eine Persönlichkeit, die durch Kompetenz und Argumentationskraft auf dem Bildschirm ist und auf den Vollversammlungen der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern und Wirtschaftsverbände.

Noch ist nicht zu erkennen, was die Union unternehmen will, um die über eine Million Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen, die nach eingehender Gewissensprüfung in die Wahlenthaltung geflüchtet sind. Es sind Stammwähler der Union bis hin zu Mitgliedern.

Klare Profilierung

Ihre politische Heimat ist nach wie vor die CDU, aber sie können sich nicht mehr mit wichtigen Teilbereichen ihrer Politik identifizieren. Sie konnten nach ihrer Überzeugung nicht (oder noch nicht) eine andere Partei wählen. Auch sie sind leichter zurückzugewinnen, als Wechselwähler oder Stammwähler anderer Parteien neu zu gewinnen. Allerdings nicht durch Zuwarten, sondern nur durch eine klarere Profilierung der CDU, konkret auch des „C“. Sie hören nur – nicht offiziell, aber in Hintergrundberichten –, dass sie zu einer Randgruppe gehören, die nicht mehr mehrheitsfähig sei. Sie wissen auch, dass wir seit der Gründung der CDU Säkularisierungsschübe hatten und dass die Kirchenbindung breiter Bevölkerungskreise nachgelassen hat. Aber sie wissen auch, dass eine große Mehrheit unseres Volkes den Pluralismus und die Freiheit, Selbstbestimmung und Religionsfreiheit bejaht und dennoch auf der Suche ist nach einer wirklichkeitsnahen und effizienten, wertorientierten und berechenbaren, unaufgeregten und verlässlichen Politik, für Humanität und gegen Relativismus und gegen Irrationalismus.

Die CDU/CSU hat ein viel größeres Potenzial, als sie derzeit in Wahlen realisieren kann. Sie muss sich nur im Alltag auf das besinnen, was sie in ihrer Geschichte groß gemacht hat. Es war die Ablehnung aller Ideologien und aller totalitären Systeme. Es ist die Bejahung des Rechtsstaats, der die größte Errungenschaft unserer Kultur und Geschichte ist. Es war der Wille zur Versöhnung und zu guter Nachbarschaft, die Ablehnung von

Gewalt und die Friedensliebe. Es war der unbedingte Vorrang der Freiheitsrechte und Grundrechte der Menschen und ihrer Würde als Geschöpf Gottes. Es war die Werteordnung der evangelischen Sozialethik und der katholischen Soziallehre. Das alles ist auch heute mehrheitsfähig. Aber es muss vermittelt werden. Politik darf nicht Fachsprachen sprechen, sondern muss eine Sprache sprechen, die verstanden wird. Sie muss Inhalte und Ziele vermitteln, die die Bürger für vernünftig halten.

Aber die Wortverkündigung reicht nicht aus. Es überzeugt heute vor allem die Tatverkündigung. An unseren Früchten wird man uns erkennen und dann zustimmen oder ablehnen.

Glaubwürdige Persönlichkeiten

Es kommt mehr denn je auch auf glaubwürdige Persönlichkeiten in Partei, Parlament und Regierung an. Sie finden Vertrauen. Die Erhaltung des Vertrauens ist nicht nur der wichtigste Kaufmannsgrundsatz im Verhältnis zum Kunden, sondern auch die wichtigste Ressource in der Politik. Vertrauen entsteht nur durch Glaubwürdigkeit. Glaubwürdigkeit entsteht nur, wenn Aussagen und Taten der Politiker nicht allzu weit auseinanderliegen.

Die Union bleibt nur mehrheitsfähig, wenn sie für Christen, für Konservative, für Liberale und für suchende und offene junge Menschen wählbar bleibt. Ich bin kein Konservativer, aber ich bejahe mit allen Konservativen Werte, die immer gelten. Ich bin kein Liberaler, aber ich bejahe mit allen Liberalen den Vorrang des Rechts, der Freiheit und des Rechtsstaats. Ich freue mich über die heutige junge Generation, mit der ich an Schulen und Hochschulen im Gespräch bin. Es ist eine offene, nicht ideologisch fixierte junge Generation. Wir können sie gewinnen, aber nur, wenn wir uns um sie kümmern. Ich bin mit sechzehn Jahren wegen des

„C“ und der Sozialen Marktwirtschaft in die CDU eingetreten, und wegen Konrad Adenauer und Ludwig Erhard.

Die Hauptgruppe unserer Wähler und unserer potenziellen Wähler sind nach wie vor Menschen, für die christliche Werte in der Erziehung, in der Familie, im Beruf und in der Politik wichtig sind. Sie sind nicht überheblich, sondern wissen um unsere menschlichen Unzulänglichkeiten und Fehler. Sie halten sich nicht für besser als Mitglieder anderer Parteien. Sie sehen das „C“ nicht als Aushängeschild, sondern als Selbstverpflichtung. Sie sehen sich in ihrem Tun in Verantwortung gegenüber den Wählern und allen Bürgern und zusätzlich in einer Letztverantwortung vor Gott. Sie erheben für die CDU keinen Monopolanspruch auf das Christentum, sondern wissen, dass es Christen auch in anderen Parteien gibt. Sie wissen, dass das, was alle demokratischen Parteien verbindet, größer ist, als was uns trennt. Deshalb sind sie kompromiss- und koalitionsfähig.

Orientierung am „C“

Die CDU ist kein verlängerter Arm der Kirchen. Wir bejahen aus Überzeugung die Trennung von Kirche und Staat, weil beide ganz unterschiedliche Aufgaben haben. Aber wir sind für eine gute Zusammenarbeit mit den Kirchen in allen Bereichen, in denen es für die Menschen gut ist. Wir bejahen einen Weltauftrag der Christen, Nächstenliebe und Solidarität für Arme und Randgruppen im eigenen Land und weltweit. Wir orientieren uns an der Wirklichkeit, am Gemeinwohl, an den Grundrechten des Menschen und den Grundwerten des Christentums.

Die CDU kann sich in Zukunft am „C“ orientieren, oder sie kann das „C“ aufgeben. Aber es gibt keinen dritten Weg. Sie darf nicht mehr das „C“ im Schilde führen, wenn sie sich nicht an ihm orientiert. Wenn sie sich, wie ihre Gründer, weiterhin am „C“ orientiert, dann muss

das für die Bürger in allen Feldern der Politik sichtbar sein.

In der Außenpolitik muss sie ihren Beitrag leisten zur Befriedung von internationalen Konflikten, für die Universalität der Menschenrechte, für die europäische Einigung und für gute Nachbarschaft, für eine privilegierte Partnerschaft nicht nur mit der Türkei, sondern auch mit Armenien und Georgien, mit der Ukraine und Aserbaidschan. Eine besondere Verbindung und Verpflichtung hat deutsche Außenpolitik gegenüber Frankreich, gegenüber Polen und Israel.

In der Entwicklungspolitik bleibt Deutschland mit seinem Beitrag unter der Notwendigkeit, unter der Selbstverpflichtung und unter unseren Möglichkeiten. Wir brauchen angesichts des Hungers in der Welt eine stärkere Hilfe, eine angepasste Hilfe zur Selbsthilfe und eine vorrangige Option für die Armen.

In der Familienpolitik muss sich das „C“ zeigen im Vorrang des Wohls des Kindes vor den Interessen der Wirtschaft, in einer Anerkennung und finanziellen Anerkennung der Erziehungsleistung der Eltern, in einer vorrangigen Hilfe für Familien mit einem Normaleinkommen und mehreren Kindern.

In der Bildungspolitik muss Chancengerechtigkeit durch gleiche Startbedingungen für alle Kinder geschaffen werden und dann eine Förderung in einem gegliederten Schulsystem, das die jeweilige Begabung erkennt und Leistung fördert. Der Ausbau des dualen Systems und der Berufsschulen ist von zentraler Bedeutung. Hochschulen und Forschung entscheiden über die Zukunftschancen der jungen Generation und über die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

Die Bewahrung der Schöpfung und die Entlastung der jungen Generation von Schulden entscheiden darüber, ob sie vergleichbare Lebenschancen hat wie die Generationen ihrer Eltern und Großeltern.

Eine am „C“ orientierte Politik schützt das Leben und die Würde des Menschen in jedem Lebensalter, vor und nach der Geburt. Sie fördert Selbstbestimmung für die alten Menschen und Fürsorge und Pflege, Anerkennung ihrer Lebensleistung und Menschenwürde.

Die Soziale Marktwirtschaft war und ist ein Markenzeichen für die Union. Sie verbindet den Wettbewerb, das effizienteste Wirtschaftssystem, mit sozialer Gerechtigkeit für alle, die nicht, noch nicht oder nicht mehr mithalten können im

Wettbewerb. Für sie ist „das Maß der Wirtschaft der Mensch“. (Wilhelm Röpke)

Die CDU liegt derzeit unter ihren Möglichkeiten. Sie sollte ihre Stammwählerschaft und ihre potenziellen Möglichkeiten nicht selbst kleinreden. Sie sollte nicht den Rückgang der Bindung der Menschen an den christlichen Glauben beklagen und damit fehlende Stimmen begründen, sondern ihre Politik ausrichten am Schicksal der Menschen und an dem Wort Jesu: „Wer nicht gegen euch ist, der ist für euch.“ (Lukas 9, 50)

Weltzuwendung und Weltdistanz

„Die pluralistische Gesellschaft hat keine gemeinsame Begründung für das Bekenntnis ihrer Verfassung zur unantastbaren Menschenwürde. Deshalb ist auch die Frage nach der Reichweite ihres von der Verfassung gebotenen Schutzes umstritten. In diesem Meinungsstreit ist die Erinnerung von Christen und Kirchen an ihre ‚starke‘ Begründung der Menschenwürde aus Geschöpflichkeit und Gottebenbildlichkeit des Menschen ein Dienst an Mensch und Gesellschaft, auch wenn oder gerade weil sie wissen, dass sie diese Begründung nicht allgemein verbindlich machen können. Die pluralistische Gesellschaft und ihr Staat brauchen Grundwerte, sind aber oft ratlos in deren Begründung.

Der große andere Bereich kirchlicher Sorge, soziale Gerechtigkeit, also die Bekämpfung sozialer Not, entspricht der Tradition kirchlicher Diakonie durch die Jahrhunderte. Unübersehbar stammen unsere im westlichen Kulturkreis selbstverständlichen sozialen Einrichtungen aus kirchlicher Tradition. Die zahlreichen kirchlichen Einrichtungen in diesem Feld sind eine wertvolle Bereicherung des Sozialstaats. Sie bringen in ihn nicht nur eine im Glauben begründete Motivation ein, sondern aus ihrer praktischen Erfahrung oft auch wichtige Vorschläge und Forderungen. Man kann etwa ohne Übertreibung sagen, dass die Hilfswerke beider Kirchen maßgeblich die Einsicht in die Notwendigkeit von Entwicklungshilfe und -politik verbreitet haben. Ganz selbstverständlich sind soziale Nöte und Probleme immer wieder Gegenstand kirchlicher Sozialverkündigung und Sozialethik.

Ihre Bedeutung hat Karl Kardinal Lehmann in drei Funktionen gefasst, eine inspirierende, eine kritisch-korrigierende und eine transzendierende: ‚inspirierend, indem sie Beweggründe und Kräfte für politisches Handeln weckt; korrigierend, indem sie vor Fehlentwicklungen warnt und solidarisch nach besseren Lösungen sucht; transzendierend, indem sie Grenzen menschlichen Handelns aufzeigt und innerweltliche Heilslehren oder Utopien zurückweist‘. Darin wird deutlich, dass in christlicher Ethik Weltzuwendung und Weltdistanz zugleich wirksam werden sollen.“

Bernhard Sutor am 30. März 2009 in *Aus Politik und Zeitgeschichte*